



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für
Pforzheim und den Enzkreis

Euro-Staaten einigen sich auf Bankenregulierung

Finanzminister Wolfgang Schäuble setzt deutsche Forderungen durch

In der Nacht zu Donnerstag haben sich die Euro-Finanzminister auf eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) geeinigt. Dies ist ein ganz wichtiger Zwischenschritt für den Ausbau der europäischen Währungsunion.

Bundeschancellorin Angela Merkel bezeichnete die Verständigung, die ganz wesentlich auf einem deutsch-französischen Kompromiss beruht, als einen der wichtigsten Integrationschritte der Europäischen Union.

Die Errichtung einer gemeinsamen Bankenaufsicht gehört seit langem zu den zentralen Anliegen der christlich-liberalen Bundesregierung. Mit ihr soll verhindert werden, dass Banken von ihren nationalen Aufsichtsbehörden nicht streng genug kontrolliert werden, weil beispielsweise negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des betroffenen Landes befürchtet werden. Die aktuelle Krise zeigt aber, dass Probleme eines Euro-Landes schwere Auswirkungen auch auf die übrigen Euro-Länder haben können. Die Folgen nationaler Fehlentscheidungen und -entwicklungen lassen sich nicht mehr begrenzen. Daher war für uns die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Aufsichtsinanz eine unmittelbare Lehre aus der Krise.

Allerdings vertrat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu Recht die Auffassung, dass eine europäische Aufsicht durch die EZB für sämtliche 6000 Banken der Euro-Zone wenig sinnvoll wäre. Position der Bundesregierung war es stets, die Aufsicht auf jene Geldinstitute zu konzentrieren, bei denen eine Schiefelage zu europaweiten Auswirkungen führen würde. Allgemein wird hierfür der Begriff „Systemrelevanz“ verwendet.

In der gefundenen Vereinbarung konnte sich Deutschland mit seiner Position durchsetzen: Die gemeinsame Bankenaufsicht wird für jene Banken eingerichtet, deren Bilanz-

summe 30 Mrd. Euro oder 20% der Wirtschaftskraft ihres Heimatlandes übersteigt. Darüber hinaus werden grundsätzlich die drei größten Banken jedes Euro-Landes und jene Institute, die Hilfgelder erhalten haben oder bei denen die EZB große Schwierigkeiten feststellt, in die Aufsicht einbezogen. Nach ersten Schätzungen wird dies ca. 150 Banken betreffen. Zum Vergleich: Die Sparkasse Pforzheim/Calw verfügt über eine Bilanzsumme von ca. 10 Mrd. Euro, die Volksbank Pforzheim über 2,5 Mrd. Dies zeigt, dass insbesondere die deutschen Sparkassen und Volksbanken auch weiterhin der bewährten deutschen Bankenaufsicht unterliegen werden.

Zudem konnte sich Deutschland mit seiner Forderung durchsetzen, dass die Aufsichtsfunktion der EZB streng von ihrer Geldpolitik getrennt werden muss, die damit unabhängig bleiben kann. Bezüglich der Bankenaufsicht wird die EZB dagegen rechenschaftspflichtig werden, ihre diesbezüglichen Entscheidungen werden auch gerichtlich überprüfbar sein.

Nach der Errichtung der neuen Bankenaufsicht, die frühestens im Frühjahr 2014 ihre Arbeit aufnehmen wird, wären auch direkte Hilfgelder des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) an Banken möglich. In Ausnahmefällen kann der ESM darüber hinaus einstimmig bereits vorher bestimmen, dass eine Bank unter die Aufsicht der EZB gestellt wird, um Hilfgelder erhalten zu können. Einer solchen Hilfe wäre aber nicht ohne einen Beschluss des Deutschen Bundestages möglich, so wie er auch später jeder ESM-Hilfe an Banken zustimmen müsste.

Die neue Bankenaufsicht greift zunächst nur für die Staaten der Euro-Zone. Alle übrigen EU-Staaten wurden aber eingeladen, ebenfalls daran teilzunehmen. Einige haben bereits erklärt, dass sie dies freiwillig tun werden.

Koalition bremst Mietenanstieg

Auf Drängen der Union wurde in das jetzt beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz auch eine Regelung eingefügt, die die Möglichkeit für Mieterhöhungen begrenzt. Demnach können die Länder per Rechtsverordnung Gebiete festlegen, in denen die Miete alle drei Jahre nur noch um maximal 15% statt wie bisher um 20% steigen darf. So soll verhindert werden, dass Mieter in begehrten Innenstadtlagen verdrängt werden. Zudem wird durch das neue Mietrecht die energetische Sanierung von Mietwohnungen erleichtert. Der Gebäudebereich spielt eine Schlüsselrolle für Energieeffizienz und Klimaschutz: 40 % des Endenergieverbrauchs und 20 % der CO₂-Emissionen entfallen auf Gebäude. Aber Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Lasten gerecht verteilt werden müssten. Deswegen ist es gerechtfertigt, dass auch Mieter hier ihren begrenzten Beitrag zum Gelingen leisten. Wenn durch die Sanierung die Betriebskosten für den Mieter sinken, erlischt für die ersten drei Monate der Baumaßnahmen ihr Anspruch auf Mietminderung. Gerade Eigentümer, die nur eine einzige Wohnung vermieten, sind von Mietnomaden ganz besonders hart getroffen. Durch Mietrückstände, Vermüllung und Zerstörungen waren viele in der Vergangenheit sogar gezwungen, die Wohnung zu verkaufen. Daher enthält das neue Mietrecht jetzt wirksame Instrumente zu schnelleren Räumungen.

Rot-Grün blockiert im Vermittlungsausschuss Erleichterungen für den Mittelstand

Die von der Koalition geplante Verkürzung der Aufbewahrungsfristen im Steuer- und Handelsrecht für den Mittelstand ist an Rot-Grün gescheitert. Damit kann die vorgesehene Entlastung bei den Bürokratiekosten von 2,5 Mrd. Euro nicht bei den Betrieben ankommen. Im Gegensatz zu Steuersenkungen oder neuen Subventionen, die ein Loch in den Haushalt von Bund und Länder reißen würden, ist eine Entlastung bei den Bürokratiekosten für den Staat aufkommensneutral, denn hier geht es um Personal- und Archivierungskosten, die in den Unternehmen entstehen. Die Blockade kann also nicht mit drohenden Steuerausfällen begründet werden. Rot-Grün hat es der Koalition schlicht nicht gegönnt, einen weiteren Erfolg beim Abbau von Bürokratie für den Mittelstand zu erzielen.

Rot-Grün verzichtet auf 10 Mrd. Euro!

Das Steuerabkommen mit der Schweiz ist endgültig gescheitert. Weil das dortige Parlament dem Abkommen bereits in seiner jetzigen Form zugestimmt hat, sind Nachverhandlungen nicht möglich. Damit verzichtet Deutschland auf bis zu 10 Mrd. Euro, die an Bund, Länder und Kommunen geflossen wären. Mit dem populistischen Argument, dass Steuersünder

stärker nachversteuert werden müssen, hat Rot-Grün verhindert, dass es überhaupt zu einer Nachversteuerung kommt. Bis ein neues Abkommen verhandelt und von beiden Parlamenten verabschiedet sein wird, werden nach und nach Besteuerungsansprüche verjähren und damit dem deutschen Fiskus endgültig verloren gehen. Das Abkommen hätte hier hingegen für eine systematische Nachversteuerung der Vermögen in der Schweiz gesorgt. Diese Chance ist nun vertan, deutsche Steuersünder können sich also bei der SPD bedanken. Stattdessen bleibt das Schwarzgeld – abgesehen von Zufallsfunden und CD-Käufen – unversteuert in der Schweiz liegen.

Kurzarbeitergeld wird verlängert

In einigen Branchen spüren die Unternehmen aufgrund der unsicheren Konjunkturlagen in China, dem Haushaltsstreit in den USA und der Euro-Krise derzeit Auftragsrückgänge. Um ihnen zu helfen, hat die Bundesregierung die Bezugsdauer des regulären Kurzarbeitergelds von sechs auf zwölf Monate ausgedehnt. Hiervon können insbesondere einige Unternehmen der Automobilindustrie und ihre Zulieferer profitieren. Aufgrund der verlängerten Bezugszeit verfügen die betreffenden Unternehmen nun für einen deutlich längeren Zeitraum über Planungssicherheit. Nach Ablauf der Halbjahresfrist stünden diese sonst bald vor der Entscheidung, ihr in der Regel gut qualifiziertes Personal zu entlassen. Die Union hält mit der Verlängerung der Bezugsdauer Wort und löst ihre nach der erfolgreich bewältigten großen Finanz- und Wirtschaftskrise gegebene Zusage ein, im gebotenen Fall wieder zügig zu helfen.

Allen Leserinnen und Lesern von „Berlin Aktuell“ wünsche ich bereits heute ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2013! Dies verbinde ich mit einem herzlichen Dankeschön für Ihre Unterstützung. Auch im nächsten Jahr werde ich Sie am Ende der Sitzungswochen des Deutschen Bundestages über aktuelle Themen aus Berlin informieren.

Ihr

